



## Regierungsratswahlen Kanton Uri 2024 Drei Fragen des Dachverbandes an die Kandidierenden

### Dimitri Moretti

1. **Welche Massnahmen sehen Sie, um die Erfolgsfähigkeit der Urner Gewerbebetriebe zu erhöhen und so mehr Arbeitsplätze zu schaffen und höhere Steuereinnahmen zu erzielen?**

Unsere Gewerbebetriebe bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Menschen hier in Uri, aber auch für Zupendler. Zur Unterstützung ihrer Tätigkeit braucht es gute Rahmenbedingungen sowohl für die Firmen wie auch für ihre Angestellten. Neben zahlbarem Bauland bzw. Gewerberäumen, qualifizierten Fachkräften und einem berechenbaren gesetzlichen und steuerlichen Umfeld brauchen Firmen zur Weiterentwicklung die Möglichkeit für Investitionen - hier spielt die Urner Kantonalbank, aber auch die anderen Banken im Kanton eine wichtige Rolle.

2. **Mit welchen Massnahmen gelingt die Neuansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben im Kanton Uri?**

Auch hier gilt: Für die Ansiedlung neuer Firmen braucht es gute Rahmenbedingungen sowohl für Firmen wie auch für ihre Angestellten. Um erfolgreich wirtschaften zu können, brauchen Firmen geeignete Räume, qualifizierte Fachkräfte sowie ein stabiles Umfeld. Der Kanton hat die Aufgabe, gemeinsam mit den Gemeinden und der Korporation Uri geeignete und gut erschlossene Landflächen für Industrie und Gewerbe zur Verfügung zu stellen. Die Abgabe von Land im Baurecht ist eine wichtige Fördermassnahme, da die private und geschäftliche Situation gerade für jüngere Firmeninhaberinnen und -inhaber den Landerwerb oft verunmöglicht. Aus- und Weiterbildung sowie attraktive Wohn- und Lebensbedingungen für die Angestellten sind genauso wichtig wie attraktive und stabile steuerliche Rahmenbedingungen.

3. **Welche Massnahmen helfen, den Fachkräftemangel im Kanton Uri zu entschärfen?**

Dem Fachkräftemangel ist in drei Bereichen zu begegnen. Erstens braucht es gute Arbeitsbedingungen und Löhne in allen Branchen. Zweitens ist die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften zu fördern. Dafür braucht es gute Schulen, die weitere Stärkung der Berufsbildung – beispielsweise mit Lehrverbänden – sowie den Zuzug von Bildungsinstitutionen. Für Flüchtlinge braucht es gezielte schulische und berufliche Massnahmen, mit dem Ziel einer möglichst raschen Integration in den Arbeitsmarkt. Und drittens muss der Wegzug gut ausgebildeter Urnerinnen und Urner gebremst werden. Dazu sind die Bedingungen gerade auch für junge Familien so zu gestalten, dass eine Rückkehr nach absolvierter Ausbildung attraktiv ist. Es braucht zahlbaren Wohnraum sowie familienergänzende Kinderbetreuung, damit auch Frauen vermehrt berufstätig sein können. Dieses Engagement gegen den Fachkräftemangel ist eine gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft, Kanton und Gemeinden.